



Stadt Großalmerode

02.02.2018

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Großalmerode

NIEDERSCHRIFT

der Sitzung Nr. 1/2018 der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Großalmerode
am Donnerstag, 01.02.2018, 19:30 Uhr bis 22:45 Uhr
im großen Rathaussaal des Rathauses, Marktplatz 11, 37247 Großalmerode

Anwesenheiten

Vorsitz:

Anacker, Frank (WG)

Mitglieder:

Goßmann, Michael (SPD)
Liese, Marcus (WG)
Dr. Ahlborn, Detlef (WG)
Alt, Magnus (SPD)
Battefeld, Thorsten (WG)
Bolte, Oliver (SPD)
Burhenn, Lothar (WG)
Fischer, Uwe (WG)
Gundlach, Dirk (WG)
Hilwig, Thomas (CDU)
Klötzl, Franz (SPD)
Ludolph, Daniel (SPD)
Ludolph, Detlef (WG)
Marbach, Mischa (WG)
Matejczyk, Paul Adam (CDU)
Matthes, Stephan (CDU)
Meywirth, Alexander (WG)
Möller, Udo (SPD)
Pohner, Felix (CDU)
Prauß, Alexander (SPD)
Prauß, Steffen (SPD)
Range, Uwe (WG)
Röse, Gert (SPD)
Schmuck, Hanna (SPD)
Stache, Jürgen (SPD)
Studenroth, Kurt (SPD)
Wolf, Sebastian (WG)

Weitere Anwesende

Nickel, Andreas
Marbach, Egon

Fiedler, Frank
Gundlach, Georg
Herrmann, Manfred
Huppach, Gerd
Möller, Ullrich
Schmuck, Ingrid
Telschow, Gerhard

Schriftführer:

Simon, Thomas

Entschuldigt fehlten:

Möller, Marius (WG)
Pforr, Volker (CDU)
Roth, Daniela (SPD)

Gäste:

Thomsen, Finn

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Magistratsbericht
2. Beratung und Beschlussfassung über die Wahl einer stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherin / eines stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers (VL-4/2018)
3. Beratung und Beschlussfassung über die Bestellung des Abschlussprüfers für den Eigenbetrieb (VL-2/2018)
4. Umweltverträglichkeitsprüfung Langenberg / Bäckerhölzchen (Antrag der SPD-Fraktion) (VL-1/2018)
5. Beratung und Beschlussfassung Haushalt 2018 (VL-3/2018)
6. Beratung und Beschlussfassung Haushaltssicherungskonzept 2018 (VL-6/2018)
7. Beratung und Beschlussfassung Wirtschaftsplan 2018 (VL-5/2018)
8. Beratung und Beschlussfassung über die Ausweisung von neuen Baugrundstücken in der Kernstadt (Antrag der SPD-Fraktion) (VL-7/2018)

Sitzungsverlauf

Stadtverordnetenvorsteher Frank Anacker eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Großalmerode um 19:30 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Des Weiteren stellt er fest, dass 28 Stadtverordnete anwesend sind. Er begrüßt für die Presse Frau Reichel vom Marktspiegel, Herrn Forbert von der HNA sowie drei interessierte Bürger.

Im Umlaufverfahren werden folgende Unterlagen zur Kenntnis gegeben:

1. Kommunalbericht 2017 des Hessischen Rechnungshofes – Teilnahme der Stadt Großalmerode an der 200. Vergleichenden Prüfung „IT-Sicherheit“ und
2. Kundenmagazin der ekom21.

Nach der allgemeinen Begrüßung heißt Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker besonders den neuen Stadtverordneten Felix Pohner willkommen, der für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Herrn Walter Oetzel in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt ist. Des Weiteren beglückwünscht er im Namen der Stadtverordnetenversammlung den Ersten Stadtrat Egon Marbach zu seinem 75. Geburtstag, den er in der letzten Woche begangen hat. Herrn Uwe Range beglückwünscht er zu seinem 50. Geburtstag. Abschließend weist er auf die geänderte Sitzordnung hin, die in dieser Sitzung erstmalig angewandt und ausprobiert wird. Er betont ausdrücklich, dass dies nicht die endgültige Form sein muss, er wollte aber mal etwas anderes ausprobieren. Reaktionen und ggf. Änderungswünsche sind willkommen.

Bevor er den ersten Tagesordnungspunkt aufruft, verweist der Stadtverordnetenvorsteher Anacker auf die erweiterte Tagesordnung, die allen Stadtverordneten zugegangen ist. Die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 8 „Beratung und Beschlussfassung über die Ausweisung von neuen Baugrundstücken in der Kernstadt (Antrag der SPD-Fraktion)“ ergänzt.

öffentliche Sitzung

1. Magistratsbericht

Seit der letzten Stadtverordnetensitzung am 15.12.2017 haben 4 Magistratssitzungen stattgefunden.

Auftragsvergaben

| | |
|--|--------------|
| Kanalzustandsuntersuchung Großalmerode und Rommerode | 32.239,60 € |
| Verdunkelung und Sonnenschutz Rote Schule | 3.054,02 € |
| Fliesenarbeiten Rote Schule | 18.136,31 € |
| Vertikale Abdichtung Freibad Kiosk | 6.716,40 € |
| Fliesenreparaturen Freibad | ca. 20.000 € |
| Rohrleitungsreparaturen Freibad | 11.800 € |

| | |
|---|-------------|
| Elektronachträge Rote Schule Altbau | 21.167,57 € |
| Elektronachträge Rote Schule Neubau | 8.844,40 € |
| Architektenleistung DGH Weißenbach, Dorferneuerung | 34.537,86 € |
| Ratsinfosystem Tablets | 8.671,18 € |
| Grunddatenermittlung Einführung Wiederkehrender Straßenbeiträge | 7.609,81 € |

Weitere Themen in den Sitzungen waren u.a.:

- Personalangelegenheiten
- Bauanträge
- Bericht Scopingtermin Hausfirste II
- Rabattierung Grundstückspreise
- Förderantrag Naturschutz
- Feuerwehrangelegenheiten
- Bewertung des Schadens beim Ausbau der Anliegerstraße „Hof Faulbach“
- Sachstand der Überprüfung der Wasserschutzgebiete nördlich von Großalmerode und Wasserschutzgebiet Quelle Trubenhausen
- Stundungen
- Ausschreibung freiwerdender Stellen im Ortsgericht, als Schiedsmann und als Schöffen
- Anfrage eines Dritten zur Nutzung des Panoramabades

Anfragen zum Magistratsbericht:

Herr Stadtverordneter Meywirth hat folgende Fragen:

1. Wie ist der Sachstand bei der Erstellung der hydrogeologischen Gutachten zur Neubewertung der Wasserschutzgebiete Steinbergwiesen und Langenberg?
2. Welche Erkenntnisse gab es beim Scopingtermin zur Errichtung der Windkraftanlagen Hausfirste II?
3. Die Turngemeinde (TG) Großalmerode -Abteilung Radsport- hat Herrn Lenarduzzi angeschrieben, weil sie durch die Sturmschäden im Kaufunger Wald Sicherheitsbedenken haben, dass die Moutainbikestrecke nicht mehr sicher und die Austragung des Bilstein-Bike-Marathons gefährdet ist. Bisher wurde der TG Großalmerode auf das Schreiben noch nicht geantwortet. Hat der Magistrat über dieses Schreiben Kenntnis?

Bürgermeister Nickel antwortet wie folgt:

1. Nach einjähriger Untersuchung der beiden Wasserschutzgebiete (WSG) hat das Ingenieurbüro Geosan (Dr. Kleefeld) für jedes Gebiet ein hydrologisches Gutachten vorgelegt. Nach der Neubemessung fallen die Schutzzonen III in beiden Gebieten kleiner aus. Die Schutzzonen II müssen dagegen aufgrund der empfohlenen 50-Tage-Linie ausgeweitet werden. Die

Schutzzonen I bleiben unverändert. Bürgermeister Nickel bietet an, den Fraktionen über ihre Vorsitzenden die neuen Pläne zur Verfügung zu stellen.

2. Es soll südlich-westlich der bereits bestehenden Windenergieanlagen (WEA) Hausfirste I 5 weitere WEA, genannt Hausfirste II, errichtet werden. Bei dem Scopingtermin hat Bürgermeister Nickel bereits mitgeteilt, dass die Stadt das hydrogeologische Gutachten in Auftrag gegeben hat und die Ergebnisse zeitnah vorliegen. Die Stromabführung soll nicht über die bestehende Leitung führen, sondern es wird eine neue Leitung errichtet, die den Strom im Bereich von Hundelshausen in das Netz einspeist. Wann eine konkrete Antragsstellung erfolgt, ist noch unklar.
3. Der Magistrat hat sich mit diesem Scheiben nicht befasst. Bürgermeister Nickel sichert zu, dass er mit HessenForst diesbezüglich Rücksprache nehmen wird und bittet Herrn Meywirth, soweit möglich, ihm die Mail erneut zur Verfügung zu stellen.

2. Beratung und Beschlussfassung über die Wahl einer stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherin / eines stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers

VL-4/2018

Herr Stadtverordneter Pohner schlägt für die CDU-Fraktion den Stadtverordneten Thomas Hilwig als stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher vor.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Thomas Hilwig zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 27 | 0 | 1 |

3. Beratung und Beschlussfassung über die Bestellung des Abschlussprüfers für den Eigenbetrieb

VL-2/2018

Herr Stadtverordneter Liese verlässt den Sitzungsraum. Er darf gemäß § 25 HGO nicht an den Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt teilnehmen. Er ist Mitarbeiter der in dem Beschlussvorschlag genannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Bürgermeister Nickel erklärt, dass nach der Ausschreibung im vorigen Jahr wieder das Büro Strecker, Berger & Partner beauftragt werden soll.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Röse, dass dieser dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Strecker, Berger und Partner, Brüder-Grimm-Platz 4, 34117 Kassel, als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2017 gemäß § 5 Nr. 13 des EigBGes. i.V.m. mit § 10 Abs. 2 Nr. 13 der Eigenbetriebssatzung der Stadt Großalmerode vom 08.09.1998 zu bestellen. Der Jahresabschluss soll alle Maßnahmen gemäß den §§ 316 ff. HGB, § 27 EigBGes. und § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz beinhalten.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 27 | 27 | 0 | 0 |

Herr Stadtverordneter Liese betritt wieder den Sitzungssaal. Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker unterrichtet ihn über das Abstimmungsergebnis.

**4. Umweltverträglichkeitsprüfung Langenberg / Bäckerhölzchen VL-1/2018
(Antrag der SPD-Fraktion)**

Herr Fraktionsvorsitzender Alt erläutert den Antrag der SPD-Fraktion wie folgt:
Durch die Errichtung und den weiter geplanten Ausbau von Windkraftanlagen im Kaufungen Wald (Hausfirse und Kreuzstein) ist die Stadt Großalmerode mit seinen Ortsteilen durch die hohe Anzahl an Anlagen erheblich belastet. Mit der Umsetzung der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) soll der Ausbau von Windkraftanlagen in den zu prüfenden Gebieten verhindert bzw. eingedämmt werden. Die UVP ist ein umweltpolitisches Instrument der Umweltfürsorge mit dem Ziel, umweltrelevante Vorhaben vor ihrer Zulassung auf mögliche Umweltauswirkungen zu überprüfen. Mit der UVP führt die Stadt Großalmerode ihr politisches Handeln nach der Durchführung der hydrogeologischen Prüfungen weiter fort. Dafür sollen im Haushalt 2018 25.000 € eingestellt und die Verwaltung beauftragt werden, die Umsetzung durchzuführen. Bürgermeister Nickel erklärt hierzu, dass anders als im Ursprungsantrag formuliert diese Mittel im Ergebnis- und nicht im Finanzhaushalt zu veranschlagen sind und damit das Jahresergebnis mindern.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Herr Liese berichtet, dass der Ausschuss sich mit 8 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für den Beschlussvorschlag entschieden hat.

Für die WG-Fraktion erklärt der Fraktionsvorsitzende Range, dass sie grundsätzlich mit der Bereitstellung der 25.000 € einverstanden sind, sie aber folgenden geänderten Beschlussvorschlag vorlegen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt 25.000 € für ein(e) Umweltverträglichkeitsgutachten / Umweltverträglichkeitsprüfung am Langenberg und am Bäckerhölzchen in den Haushalt 2018 einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen. Gleichzeitig beauftragt die Stadtverordnetenversammlung der Verwaltung nachhaltig zu klären, inwieweit sich die Rechtsposition und Klagefähigkeit der Stadt Großalmerode verändert, sollte ein solches Gutachten vorliegen.

Die Stadt sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen, um gegen den Bau neuer Windkraftanlagen vorzugehen. Hier sollte die Stadt analog zu dem Vorgehen bei Hausfirse I verfahren.“

Herr Stadtverordneter Pohner erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie die 25.000 € nicht einfach in den Haushalt einstellen würden, sondern vorher prüfen lassen wollten, ob das Ziel der Verhinderung weiterer Windenergieanlagen erreicht werden kann.

Dem entgegnet Bürgermeister Nickel, dass die Verwaltung diese Prüfung nicht leisten kann. Dazu ist sie fachlich und personell nicht aufgestellt. Er sieht keine Notwendigkeit die Möglichkeiten vorher abzu prüfen, ob die Stadt eine Klagemöglichkeit durch das Ergebnis einer UVP hat. Eine Klagemöglichkeit haben auf alle Fälle die Naturschutzverbände, die dann auch die Interessen der Stadt bezüglich FFH-Gebiete etc. vertreten könnten. In den ersten Verfahren zum Bau der WEA wurde die Stadt immer eingebunden, unabhängig von der Größe des Bauvorhabens (Anzahl der WEA). Ob dies in diesem Fall auch so sein wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden. Auch die Neubewertung der Wasserschutzgebiete hat ca. 25.000 € gekostet. Inwieweit die geschätzten 25.000 € ausreichen, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Stellt man aber gegenüber, wieviel Windenergie dividende die Stadt durch die bereits gebauten WEA

bekommt, dann sind die 25.000 € finanziert. Er empfiehlt nicht auf Zeit zu spielen, sondern jetzt frühzeitig zu handeln, damit die Stadt zeitnah agieren kann.

Grundsätzlich ist er ein Befürworter von Sperrvermerken, um die Stadtverordnetenversammlung in laufende Prozesse einzubinden, in diesem Fall hält es aber für unangebracht, so Herr Fraktionsvorsitzender Alt. Es sollte zeitnah gehandelt werden. Er appelliert noch einmal, für den Antrag der SPD-Fraktion zu stimmen.

Laut Herrn Hilwig sind die erstellten Gutachten zu den Wasserschutzgebieten schon seitens der Stadt Großalmerode die ersten Schritte, damit man aussagefähige Unterlagen bei einer möglichen Antragstellung hat. Nach seiner Auffassung muss das Regierungspräsidium Kassel im laufenden Verfahren sowieso ein UVP durchführen. Wir würden das nur vorziehen.

Auch Herr Burhenn warnt vor einem Schnellschuss. Wenn dann bekannt wird, wann und wer bauen will und es räumliche Zusammenhänge gibt, kann die Stadt immer noch überlegen, ob sie einen Auftrag vergeben möchte oder nicht.

Herr Fraktionsvorsitzender Range schlägt vor, dass sich die Stadt Rechtsauskunft beim Hessischen Städte- und Gemeindebund holt, um abzuklären, ob durch die UVP die Stadt in die Lage versetzt wird, eine Klagemöglichkeit gegen die Errichtung weiterer WEA zu haben. Auch gibt es in Großalmerode ein Netzwerk von Fachleuten, die man in den Prozess einbinden könnte. Bevor man Geld einsetzt, sollte man sicher sein, dass es auch gut investiert ist.

Dies greift Herr Dr. Ahlborn auf und bietet seine Kontakte zu diesem Thema an. Er könnte sich auch vorstellen, in einer kleinen Arbeitsgruppe bestehend aus je einem Mitglied der Fraktionen das Thema gemeinsam mit ihm bekannten Experten aufzuarbeiten.

Herr Fraktionsvorsitzender Range erklärt noch einmal die Position der WG-Fraktion. Grundsätzlich wollen doch alle Fraktionen weitere WEA rund um Großalmerode verhindern. Die WG-Fraktion sieht aber keinen Zeitdruck, solange noch nicht feststeht, welcher Investor neue Anlagen errichten will.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker unterbricht die Sitzung für 5 Minuten und bittet die drei Fraktionsvorsitzenden zu sich an den Tisch, um einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten, weil nach seiner Auffassung neue Argumente nicht mehr vorgetragen werden.

Es erfolgt eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Unter Beteiligung von Bürgermeister Nickel wird folgender Beschlussvorschlag unterbreitet, den Bürgermeister Nickel dann verliest und Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker zur Abstimmung stellt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt 25.000 €, für ein(e) Umweltverträglichkeitsgutachten / Umweltverträglichkeitsprüfung am Langenberg und am Bäckerhölzchen, in den Haushalt 2018 einzustellen. Gleichzeitig beauftragt die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung im Rahmen einer juristischen Beratung nachhaltig zu klären, wie sich die Beteiligung der Stadt Großalmerode in dem Genehmigungsverfahren darstellt.

Nach Vorlage des Ergebnisses entscheidet dann der Magistrat, ob eine Beauftragung erfolgen soll oder nicht.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 27 | 0 | 1 |

Bürgermeister Nickel verweist auf die ausgelegte Änderungsliste, in der die vom Haupt- und Finanzausschuss schon beschlossenen Änderungen wie auch noch zwei von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen aufgeführt sind. Er erläutert die einzelnen Änderungen. Es wird von der Verwaltung vorgeschlagen, die Mehrbelastungen im Ergebnishaushalt durch eine Erhöhung der Erträge aus der Gewerbesteuer zu kompensieren, damit das Ergebnis (Überschuss) etwa dem des Entwurfes entspricht. Er hält dies aufgrund der Ist-Ergebnisse der letzten Jahre für gerechtfertigt und auch sinnvoll, weil die Entwurfszahl bereits mit der Kommunalaufsicht kommuniziert wurde. Sie wurde dort positiv aufgenommen.

Als neue investive Maßnahme wurde lediglich die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000 € für den Ausbau der „Dorfverbindung Weißenbach“ im Rahmen der Dorferneuerung mit aufgenommen, damit in 2018 der Antrag gestellt werden kann. Abschließend verweist Bürgermeister Nickel auf die Gesamtsummen der Gesamterträge und –aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der daraus resultierenden notwendigen Kreditaufnahme. Die Stellungnahmen der Ortsbeiräte werden in Form einer Zusammenstellung den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben. Herr Ortsvorsteher Röse ergänzt, dass auch der Ortsbeirat Weißenbach zum Haushalt seine Zustimmung erteilt hat.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, dass dort einzeln über die Bereiche des Haushaltes abgestimmt wurde. Die Beschlussfassung war in allen Bereichen einstimmig.

Zu Beginn der Diskussion stellt Herr Fraktionsvorsitzender Alt für die SPD-Fraktion den Antrag über den Stellenplan gesondert abzustimmen.

Herr Fraktionsvorsitzender Range weist daraufhin, dass die WG-Fraktion zum Haushalt verschiedene Anträge vorbereitet hat, die sie zur Abstimmung stellen werden.

Zu der Änderungsliste fragt Herr Meywirth, warum der Herd für das Dorfgemeinschaftshaus Rommerode so teuer ist? Bürgermeister Nickel erklärt, dass es sich hierbei nicht um einen handelsüblichen Haushaltsherd handelt, sondern um ein Produkt, welches für Großküchen ausgelegt ist. Diese sind beträchtlich teurer.

Bezüglich des Erwerbes der Halle für die Technischen Betriebe stellen sich für die WG-Fraktion einige Fragen, so Herr Fraktionsvorsitzender Range: Wer ist Eigentümer der Halle? Steht es auf dem Grundstück der VGT? Was war vorher in der Halle? Wie wurde sie genutzt? Wie sieht es mit Altlasten aus? Wurde bedacht, dass durch eine Nutzung in Rommerode Fahrtkosten zwischen den Technischen Betrieben und der Halle in Rommerode entstehen?

Diese Fragen münden in den Antrag der WG-Fraktion, den Herr Fraktionsvorsitzender Range wie folgt begründet und vorträgt:

Für die Position ist ein Sperrvermerk mit folgender Wirkung aufzunehmen:

Dem Änderungsvorschlag wird ohne Entscheidungsbefugnis durch den Magistrat zugestimmt. Die Zustimmung zur Investitionsentscheidung obliegt weiterhin der Stadtverordnetenversammlung und ist mittels entsprechender Beschlussvorlage durch die Verwaltung zur Abstimmung zu bringen, nachdem die folgend aufgeführten Aspekte transparent den Stadtverordneten –ggf. in interfraktioneller Sitzung- erläutert wurden:

1. Konzept zur vorgesehenen primären und ggf. weiteren Nutzung des Objektes.
2. Darstellung des Verkehrsweges inkl. der wesentlichen Eigenschaften des Grundstückes und der aufstehenden Gebäude inkl. Altlastenthematik, Reparaturbedarf, Ver- und Entsorgungssowie Sicherungs- und Zuwegungskosten.
3. Kosten/Nutzung Aufstellung unter Berücksichtigung vorhandener bzw. alternativer Optionen (z.B. eigene Gebäude im Besitz, Anmietungsmöglichkeiten, Entfall von aktuellen Mietaufwendungen) inkl. Erwerbs- und mit dem Erwerb verbundenen weiteren Kosten (Kaufpreis, Grunderwerbskosten, Nebenkosten und weitere Kosten für die nachhaltige

Herstellung und Sicherstellung der Nutzung wie z.B. Wegerechte, Ver- und Entsorgung, Vermessungs- und Katasterkosten etc.)

Es wird Einigkeit darüber erzielt, dass die Anträge erst gestellt werden und abschließend einzeln darüber abgestimmt wird.

Für die WG-Fraktion stellt Herr Fischer folgenden Antrag als Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die im Stellenplan zum Haushaltsplan 2018 ausgewiesene Beamtenstelle A13 in der Hauptverwaltung mit einem KW-Vermerk zu versehen. Als Zeitpunkt, zu welchem die o.g. Stelle entfallen kann, soll im KW-Vermerk der Zeitpunkt vermerkt werden, zu welchem der aktuelle Stelleninhaber in den Ruhestand geht. Die Personalkosten im Haushaltsplan 2018 ff. sind so zu planen und auszuweisen, dass dem o.g. KW-Vermerk Rechnung getragen wird.

Der Antrag wird von Herrn Fischer wie folgt begründet:
Die Stadtverwaltung steht aktuell und im weiteren Verlauf des Jahres 2018 vor grundlegenden Veränderungen, welche aus Sicht der Wählergemeinschaft Großalmerode die o.g. Beamtenstelle A13 obsolet machen.

Für die SPD-Fraktion stellt Herr Stache den Antrag 40.000 € Personalaufwendungen in den Haushalt (Teilergebnishaushalt Technische Betriebe) einzustellen, damit der Magistrat in die Lage versetzt werden kann, eine der bisher im Stellenplan ausgewiesenen aber nicht mit Geld hinterlegten Stellen besetzten zu können. Nach seiner Auffassung erwarten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt dies, denn das Stadtbild ist verbesserungswürdig.

Für die WG-Fraktion stellt Herr Meywirth folgenden Antrag als Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung schnellstmöglich zu prüfen, ob die Investition I061010.04 (Abriss KIGA alt) über 145 TEUR zurückgestellt bzw. umgewidmet werden kann, ohne dass dadurch Förderungen im Zusammenhang mit dem Gesamtprojektes Kindergarten „Rote Schule“ gefährdet sind. Ferner soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Träger der Einrichtung prüfen, wie sich die geänderten Voraussetzungen im Hinblick auf die teilweise Kostenübernahme des Landes Hessen auf die Belegung der vorhandenen KITA-Plätze auswirken.

Der Antrag wird von Herrn Meywirth wie folgt begründet:
Die hessische Landesregierung hat veränderte Rahmenbedingungen geschaffen, in dem sie für 6 Stunden täglich die Kosten für die Kinderbetreuung in den KITA`s übernimmt. Aktuell ist nicht abzusehen, wie sich dies auf die vorhandenen KITA-Plätze auswirkt. Möglicherweise reichen die geplanten Räumlichkeiten dann nicht mehr aus und es müssen neue Räume geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund soll geprüft werden, ob der KIGA alt (Flachbau) ggf. erhalten werden kann und die Investition von 145 TEUR für die Sanierung verwendet werden könnte, ohne dass der Stadt Fördergelder verloren gehen.

Herr Fraktionsvorsitzender Range ergänzt dies dahingehend, dass unter den nunmehr bekannt gewordenen Rahmenbedingungen der Beschluss zum Abriss neu überdacht werden muss.

Seitens der SPD-Fraktion wird der Antrag unterstützt, so Herr Fraktionsvorsitzender Alt.

Zu den einzelnen Anträgen nimmt Bürgermeister Nickel wie folgt Stellung:

1. Die Streichung der A13-Stelle ist das Recht der Stadtverordnetenversammlung.
2. Die Verwaltung prüft zurzeit schon welche Auswirkungen die geänderten Rahmenbedingungen für die Stadt Großalmerode haben könnte und wie damit umgegangen wird.
3. Die Fragen, die zum Erwerb der Halle für die Technischen Betriebe gestellt wurden, wurden zum großen Teil im Rahmen des Vorschlages zum Haushalt 2018 schon geprüft. Wenn die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung in dieser einzelnen Sache einfordert und über Sperrvermerk dokumentiert, wird die Verwaltung entsprechend dieses Verfahren durchführen.

4. Die beantragten 40.000 € Personalaufwendungen waren bereits in den letzten Haushaltsplanberatungen ein Thema. Es wurde aber im Vorjahr mehrheitlich abgelehnt.

Bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion (Herr Stache) erklärt Herr Fischer, dass bevor über den Antrag entschieden werden kann aus seiner Sicht erst einmal geklärt werden muss, ob es eine Bestandsplanung für die Technischen Betriebe gibt? Wie sieht es mit der Fluktuation aus? Wie ist der Altersdurchschnitt? Zu bedenken ist auch, dass der geplante Überschuss in Höhe von 111.000 € dann nicht mehr erreicht werden kann.

Die Argumentation von Herrn Fischer wird durch Herrn Fraktionsvorsitzenden Range dahingehend ergänzt, dass man bei solchen Anträgen auch nicht die strategischen Ziele aus den Augen verlieren darf. Eines ist die Erzielung eines jährlichen Überschusses in Höhe von 500.000 € im Jahresabschluss in der Ergebnisrechnung. Einstellungen sind immer mit Personalaufwendungen für längere Zeiträume verbunden. Als Alternative sollte über einen Fremdbezug oder interkommunale Zusammenarbeit nachgedacht werden.

Herr Fraktionsvorsitzender Alt bedauert die ablehnende Haltung der WG-Fraktion, denn er sieht den Bedarf und hält es nicht für richtig, hier eine abstrakte Diskussion zu den strategischen Oberzielen zu führen und damit die Ablehnung des Antrages zu begründen, zumal aus seiner Sicht die finanziellen Rahmenbedingungen gegeben sind.

Den Argumenten von Herrn Fischer entgegnet der Antragsteller Stache, dass der Altersdurchschnitt in den Technischen Betrieben nach seiner Einschätzung bei 55 Jahre liegt. Es gibt zudem auch hohe Ausfallzeiten.

Die Herrn Burhenn und Meywirth erklären, dass man an den strategischen Zielen festhalten muss und deshalb bei jeder Entscheidung abwägen muss, ob sie mit diesen Zielen im Einklang stehen.

Dem wird von Herrn Möller widersprochen. Es kann nicht sein, dass den bekannten und bestehenden Mängeln im Stadtbild mit dem Hinweis auf ein strategisches Oberziel widersprochen wird. Die 40 T€ für die Wiederbesetzung einer Stelle in den Technischen Betriebe stünden durch den ausgewiesenen Überschuss zur Verfügung.

Natürlich sind die strategischen Oberziele nicht für immer festgeschrieben, sondern unterliegen einer regelmäßigen Betrachtung und ggf. Anpassung, so Fraktionsvorsitzender Range. Es kann aber nicht sein, dass sie bei jedem Antrag bzw. bei Beschlussfassung geändert oder schlechtesten falls ignoriert werden.

Nachdem nunmehr keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen lässt der Stadtverordnetenvorsteher Anacker über die vorliegenden Anträge abstimmen.

Beschlussfassung über den Antrag von Herrn Stache zur Bereitstellung von 40.000 € Personalaufwendungen für die Einstellung eines Bediensteten in den Technischen Betrieben.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 12 | 16 | 0 |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussfassung über den Antrag der WG-Fraktion zur Anbringung eines kw-Vermerkes bei der A13-Stelle in der Hauptverwaltung.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 26 | 1 | 1 |

Damit ist der Antrag angenommen. Der kw-Vermerk ist im Stellenplan entsprechend anzubringen.

*Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion über den Stellenplan separat abzustimmen.
Beschlussfassung zum Stellenplan.*

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 16 | 12 | 0 |

Der Stellenplan ist beschlossen.

Beschlussfassung über den Antrag der WG-Fraktion zur Prüfung der weiteren Nutzung des Kindergartens alt (Flachbau) im Hinblick auf veränderte Rahmenbedingungen.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 28 | 0 | 0 |

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschlussfassung über den Antrag der WG-Fraktion zur Aufnahme eines Sperrvermerkes bei der Investitionsnummer I011050.13 „Ankauf einer Lagerhalle für die Technischen Betriebe“.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 26 | 2 | 0 |

Damit ist der Antrag angenommen.

Nachdem über die einzelnen Anträge beschlossen wurde, lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker über den zusammenfassenden abschließenden Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung einschl. Haushaltsplan für das Jahr 2018 in Form der Drucksache Nr. 28/2017 unter Berücksichtigung der Änderungen aus der vorliegenden Tischvorlage und Drucksache Nr. 01/2018.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 28 | 0 | 0 |

6. Beratung und Beschlussfassung Haushaltssicherungskonzept 2018 VL-6/2018

Bürgermeister Nickel erläutert, dass die Beschlussfassung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) für das Jahr 2018 noch zwingend erforderlich ist, weil die Stadt Großalmerode noch über entsprechende Fehlbeträge aus den Vorjahren verfügt, die erwirtschaftet werden müssen. Dies kann ab dem nächsten Jahr anders sein, weil das Programm der HESSENKASSE des Landes Hessen den Kommunen anbietet, ihre Kassenkredite abzulösen. Einhergehend damit werden auch die alten Fehlbeträge abgedeckt und bei einem ausgeglichenen Haushalt wird die Erstellung eines HSK 2019 obsolet. Die Rahmenbedingungen zur Teilnahme an der HESSENKASSE werden zurzeit mit dem Land abgestimmt. Eine Beschlussfassung hierzu muss in

der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Wahrscheinlich wird dies in der nächsten Sitzung der Fall sein.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Liese, dass dieser dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2018 in Form der Drucksache Nr. 30/2017.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 28 | 0 | 0 |

7. Beratung und Beschlussfassung Wirtschaftsplan 2018

VL-5/2018

Bürgermeister Nickel erläutert, dass der Wirtschaftsplan eigentlich keine diskussionswürdigen Themen bietet. Es gibt keine Gebührenerhöhung. Die gesetzlichen Anforderungen werden umgesetzt. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung wurden mit aufgenommen. Des Weiteren verweist er auf die Änderungsliste, die die korrespondierenden Maßnahmen zu den Straßenbaumaßnahmen im städtischen Haushalt beinhaltet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Liese, dass dieser dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat.

Es liegen keine weiteren Wortmeldung vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 in Form der Drucksache Nr. 29/2017 unter Berücksichtigung der Änderungen aus der als Drucksache Nr. 03/2018 vorliegenden Tischvorlage.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 28 | 28 | 0 | 0 |

8. Beratung und Beschlussfassung über die Ausweisung von neuen Baugrundstücken in der Kernstadt (Antrag der SPD-Fraktion)

VL-7/2018

Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker bittet den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, die die Erweiterung der Tagesordnung beantragt haben, Herrn Alt, den vorliegenden Antrag zu begründen. Herr Fraktionsvorsitzender Alt erläutert, dass der Hintergrund dieses Antrages ist, dass mit attraktiveren Bauplätzen die Möglichkeit besteht, die Einwohnerzahl der Stadt zu erhöhen. Mehr Einwohner bedeuten auch mehr Steuereinnahmen. Er könnte sich auch vorstellen, dass die Überlegungen der Stadt erst der Stadtverordnetenversammlung präsentiert werden, bevor entschieden wird ob und wo ein neues Baugebiet ausgewiesen wird.

Herr Fraktionsvorsitzender Range sieht hier einen Widerspruch zu den strategischen Ziel des Abbaus von Leerständen.

Er wird in dieser Auffassung von Herrn Pohner unterstützt, der vorschlägt, erst die Leerstände zu beseitigen, anstelle sie mit Bauplätzen außerhalb des Zentrums der Stadt ggfls. noch zu erhöhen.

Dem wird vom Antragsteller Alt widersprochen. In den Stadtteilen gibt es noch ausreichend attraktive Bauplätze. In der Kernstadt ist dies nicht so. Er wünscht sich, dass die Verwaltung eine Bestandsaufnahme der noch vorhandenen Bauplätze erstellt, damit man weiß, von welchen Zahlen man redet.

Herr Hilwig geht davon aus, dass der Verwaltung diese Plätze bekannt sein dürften.

Die Herrn Range, Meywirth und Burhenn erklären, dass diese Maßnahme zurzeit keinen Sinn macht, weil sie gegen die strategischen Ziele gerichtet ist.

Bürgermeister Nickel erklärt, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, zeitnah eine belastbare, aussagefähige Aufstellung über die noch offenen Bauplätze zu erstellen. Es ist richtig, dass in den Stadtteilen noch ausreichend Bauplätze vorhanden sind. Aber es ist tatsächlich auch bei den Interessenten ein Unterschied, ob ein Bauplatz in der Kernstadt oder den Stadtteilen angeboten wird.

Zu dem Argument der strategischen Ziele erklärt er, dass wir erst am Anfang dieses Prozesses sind und er es nicht förderlich für den Fortgang in diesem Bereich hält, jetzt mit den strategischen Zielen hier den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen. Es muss auch weiterhin möglich sein, trotz der strategischen Ziele Anträge einzubringen, die dann auch inhaltlich diskutiert werden können. Seine Intention, sich für die Einführung der strategischen Zielen in Großalmerode stark zu machen, war nicht die Verhinderung von Anträgen, welcher Fraktion auch immer, sondern die Stärkung der Kommunikation untereinander.

Interessant findet er in diesem Zusammenhang, dass die WG-Fraktion sich hier auf die Argumentation der strategischen Ziele beruft, andererseits aber einen Antrag stellt, der zum Inhalt hat, den Ankauf einer Lagerhalle für die Technischen Betriebe bis ins Detail zu hinterfragen. Das entspricht dann auch nicht der „Adlerperspektive“, auf die sich die Stadtverordnetenversammlung konzentrieren sollte.

Abschließend erklärt Herr Fraktionsvorsitzender Range, dass der Antrag für ihn unvollständig sei, weil er keinen Hinweis zur Erledigung und auch keine Priorisierung enthält. Er geht auch davon aus, dass in die Verwaltung nicht in der Lage ist, diesen Arbeitsauftrag zeitnah zu erfüllen.

Während der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt hat Herr Dr. Ahlborn den Sitzungssaal verlassen und nimmt an dem Fortgang der Sitzung nicht mehr teil. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder hat sich damit auf 27 verringert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt Stadtverordnetenvorsteher Anacker über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, Flächen für die Ausweisung neuer Baugrundstücke in der Kernstadt zu erkunden und diese der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

| Anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|----------|------------|--------------|--------------|
| 27 | 16 | 4 | 7 |

Stadtverordnetenvorsteher Frank Anacker schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Großalmerode um 22:45 Uhr und bedankt sich bei den Mitgliedern für Ihre aktive Teilnahme.

Großalmerode, 02.02.2018

Stadtverordnetenvorsteher

Frank Anacker

Schriftführer

Thomas Simon